

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung
des Betriebsausschuss Stadtwerke der Stadt Lörrach
am Donnerstag, 12. März 2015
im großen Sitzungssaal des Rathauses Lörrach, Luisenstraße 16

Anwesend: Bürgermeister Dr. Wilke als Vorsitzender

Stadträtinnen und Stadträte: Böhringer
Cyperrek
Denzer
Escher
Glattacker
Heuer
Kiefer
Martin (In Vertretung Herr Berg)
Pichlhöfer
Simon
Vogel
Vogelpohl
Wernthaler
Wiesiollek

Entschuldigt: Berg, Di Prima, Salach

Ferner: Fachbereichsleiterin Buchauer
Fachbereichsleiterin Staub-Abt
Geschäftsführerin Ziegler-Jung
Komm. Fachbereichsleiter Dullisch
Fachbereichsleiter Krieger
Fachbereichsleiter Schwenzer
Fachbereichsleiter Wipf
Betriebsleiter Droll
Betriebsleiter Schäfer
Stellv. Fachbereichsleiterin Eyhorn
Frau Trefzer

Urkundspersonen: Stadtrat Heuer und Stadtrat Pichlhöfer

Schriftführung: Herr Ockenfuß

Beginn: 17:30 Uhr

Ende: 17:50 Uhr

TOP 1

Erweiterung und Erneuerung der Fahrrad- und Rollerabstellfläche beim Parkschwimmbad Lörrach

Vorlage: 021/2015

Der Vorsitzende begrüßt die anwesenden Mitglieder des Ausschuss für Umwelt und Technik, die anwesenden Mitarbeiter der Verwaltung sowie die Vertreter der Presse. Daraufhin führt er zunächst kurz in die Thematik der Vorlage ein und begrüßt nochmals Herrn Droll, den neuen Betriebsleiter des Eigenbetriebs Stadtwerke.

Fachbereichsleiter Wipf stellt sodann die zugrunde liegende Vorlage vor, die insgesamt drei Maßnahmen vorsehe. Zum einen sollen neue Abstellflächen für Roller geschaffen werden. Zudem sollen die Stopper an den PKW-Parkplätzen entfernt und die Bordsteine an den entsprechenden Stellen abgesenkt werden, damit die Besucher des Parkschwimmbads mit ihren PKW nicht mehr die Zufahrtsstraße zum Schwimmbad blockieren, welche als Rettungszufahrt zum Bad unbedingt freigehalten werden müsse. Überdies sollen neue Fahrradständer installiert werden. Die Verwaltung wies darauf hin, dass im laufenden Haushalt nicht genügend Mittel für alle drei Maßnahmen eingestellt worden seien. Insofern soll die Schaffung von zusätzlichen Rollerabstellflächen aus dem laufenden Haushalt heraus und die Absenkung der Bordsteine sowie die Erneuerung der Fahrradständer mit Mitteln aus dem Haushalt 2016 finanziert werden.

Stadtrat Heuer hält die von der Verwaltung vorgeschlagenen Maßnahmen für wichtig. Der momentane Zustand sei desolat und müsse dringend behoben werden. Er signalisiert die Zustimmung der Fraktion der CDU. Es solle geprüft werden, ob nicht alle drei Maßnahmen gleichzeitig durchgeführt werden könnten.

Stadträtin Cyperrek gibt an, dass sie es begrüßen würde, wenn die Maßnahmen gebündelt durchgeführt werden könnten. Sie wolle wissen, ob der Rettungsweg zusätzlich auf der Straße markiert werde.

Stadtrat Pichlhöfer signalisiert die Zustimmung der Fraktion der Freien Wähler. Auch er vertritt die Meinung, dass die Maßnahmen gebündelt durchgeführt werden sollten, da die Kosten für die Maßnahmen sonst gegenüber der bisherigen Planung höher ausfallen könnten. Er wolle wissen, ob künftig für die Nutzung der Fahrradboxen eine Gebühr verlangt werde.

Stadträtin Wiesiollek schließt sich ihren Vorrednern an und bittet ebenfalls darum, dass die Maßnahmen gebündelt durchgeführt werden.

Der Vorsitzende erklärt, dass die Kosten für die Maßnahmen nicht aus im Kernhaushalt veranschlagten Mitteln, sondern aus im Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs Stadtwerke veranschlagten Mitteln zu erbringen seien. Haushaltsreste aus dem Kernhaushalt seien nicht ohne weiteres für Aufwendungen im Rahmen der Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe übertragbar.

Fachbereichsleiter Wipf gibt an, dass für die Fahrradboxen zunächst keine Gebühr verlangt werden solle. Eine zusätzliche Einziehung einer Gebühr führe auch zu einem erhöhten Verwaltungsaufwand. Zudem wolle man die Schwimmbadgäste nicht vergraulen. Markierungen seien auf der Straße bisher noch nicht vorhanden. Ob diese eingehalten werde sei zweifelhaft. Das Personal achtet darauf, dass die Besucher des Bades ordnungsgemäß parken, jedoch könne sich das Badpersonal nicht primär mit dieser Aufgabe befassen.

Der Vorsitzende sagt, dass eine Markierung der Rettungsgasse auf der Fahrbahn durchaus Sinn mache.

Stadträtin Wiessiolek möchte in Erfahrung bringen, wie viele Fahrradstellplätze künftig vorgehalten werden können. Zudem interessiere sie, ob der künftige Bedarf ermittelt worden sei beziehungsweise wie viele Fahrradstellplätze laut Richtlinie vorgesehen sind.

Stadtrat Escher wolle wissen, wie viele Rollerplätze künftig insgesamt vorgesehen seien. Er nimmt an, dass es nicht einfacher werde, den Rettungsweg freizuhalten. Er wolle wissen, wie die Anfahrt der Parkplätze künftig erfolgen soll. Er wolle außerdem wissen, wie hoch die Mehrkosten seien, wenn man gleich alle drei Maßnahmen durchführen würde und auf welcher Grundlage die Anzahl der Fahrradstellplätze ermittelt worden sei. In interessiere, ob die Kapazitäten gut berechnet seien.

Stadtrat Vogel fragt, ob eine zusätzliche Videoüberwachung der Fahrräder zur Erhöhung der Sicherheit beitragen könne.

Frau Trefzer (Fachbereich Straßen/ Verkehr/ Sicherheit) gibt an, dass der Bedarf an Fahrradstellplätzen nicht genau ermittelt wurde, allerdings ähnlich wie bisher bleibe. Grundsätzlich stehe auch nur die gleiche Fläche wie zuvor zur Verfügung. Große bauliche Veränderungen dürfe man nicht vornehmen, da die Bäume auf dem Gelände geschützt werden müssen und man aufgrund des Wurzelschutzes nicht ins Erdreich eindringen dürfe. Die Anfahrt der Parkplätze erfolge aus Richtung Berliner Platz.

Fachbereichsleiter Wipf erklärt, dass das Freibad rund 120 bis 125 Tage im Jahr geöffnet sei. An lediglich 25 Tagen gebe es hinsichtlich der Parksituation Probleme. Man könne jedoch nicht für eine beschränkte Anzahl von Besuchstagen mit hoher Frequentierung ein Parkangebot mit unbeschränkter Kapazität schaffen. Es gebe insgesamt rund 665 Fahrradabstellplätze, eine Richtlinie, die die Anzahl dieser Stellplätze festlege, gebe es allerdings nicht. Im Innenbereich des Schwimmbads gebe es Überwachungskameras. Im Außenbereich seien Videokameras nicht ohne weiteres erlaubt. Hinsichtlich der Durchführung der Maßnahmen bemühe man sich um adäquate, finanzielle Lösungen. Hierüber wolle man die Gremien nochmals informieren.

Der Vorsitzende sagt zu, dass die Verwaltung im Wirtschaftsplan nochmals auf finanzielle Spielräume überprüfen wolle.

Stadtrat Escher führt aus, dass bei der geplanten Durchführung sicherlich Mehrkosten entstehen würden. Er wolle zudem wissen, ob die Fläche, die unterhalb des jetzigen Parkplatzes noch nicht bebaut sei, für weitere Stellplätze verwendet werden könne.

Fachbereichsleiterin Staub-Abt führt aus, dass diese Fläche im Bebauungsplan als Ausgleichsfläche ausgewiesen sei. Die Fläche könne deshalb nicht verwendet werden.

Der Ausschuss für Umwelt und Technik fasst sodann einstimmig den folgenden Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die vorgelegte Planung durchzuführen.

Zur Beurkundung

Der Vorsitzende:

Urkundspersonen:

Schriftführung: